



Presseinformation

Nr. 436/2011

Kiel, Freitag, 26. August 2011

Soziales / Basisfallwert

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Anita Klahn: Regierungskoalition setzt sich für einen einheitlichen Basisfallwert ein

In ihrer Rede zu **Top 30** (Für einen bundeseinheitlichen Basisfallwert) sagt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Ich verweise gern auf die im Oktober 2010 geführte Landtagsdebatte zum Thema ‚Gleiches Geld für gleiche Leistung‘. Alle Fraktionen im schleswig-holsteinischen Landtag haben sich in dieser Debatte einstimmig für den CDU/FDP-Antrag ausgesprochen und der Landesregierung bei ihren Bemühungen - einen bundesweit einheitlichen Basisfallwert herbeizuführen - ihre Unterstützung zugesichert.“ Auf Initiative Schleswig-Holsteins habe dann der Bundesrat einen entsprechenden Beschluss herbeigeführt. Es sei doch bekannt, dass Bayern, aber auch andere Südländer, aus reinem regionalem Interesse keine Gleichstellung ihrer Krankenhäuser mit den schleswig-holsteinischen Krankenhäusern akzeptierten und deshalb blockierten, erklärt Klahn.

„Diese politische Gemengelage ist doch nicht neu und bestand auch schon in der Zeit, als die linke Opposition noch Regierungsverantwortung trug. Sie müssen sich doch mal fragen, warum sie dieses Problem nicht lösen konnten. Oder mehr noch, wer dieses Problem befördert hat.“ Die jahrelang verfehlte Gesundheitspolitik von Ulla Schmidt habe die Krankenhäuser in die Lage geführt, in der sie jetzt stecken. Die SPD habe das Gesundheitssystem an die Wand gefahren, kritisiert Klahn.

„Ich möchte Minister Dr. Garg meinen persönlichen Dank aussprechen, dass er dieses Thema mit Nachdruck im Bund immer wieder auf die Tagesordnung bringt, zuletzt auf der Gesundheitsministerkonferenz im Zusammenhang mit der EHEC-Krise, und mit besonderem persönlichen Einsatz für die Krankenhäuser des Landes kämpft.“ Doch es sei auch klar, dass die prekäre Finanzsituation der schleswig-holsteinischen Krankenhäuser sich nicht allein mit einem bundesweit einheitlichen Basisfallwert lösen lasse. Dennoch sei dies ein Schritt in die richtige Richtung, da den betroffenen Menschen ein Gefühl von Gerechtigkeit gegeben werde, so Klahn abschließend.